

# Kapital für die Arbeiter

Von Matthias Drobinski

Der Abgeordnete Franz Joseph Buß, ein entschieden papsttreuer Katholik, war 34 Jahre jung, als er am 25. April 1837 vor dem Badischen Landtag in Karlsruhe eine unerhörte Rede hielt. Ein „naturwidrig gesteigertes Fabrikwesen“ spalte die Gemeinschaft in hoffnungslos Arme und übermäßig Reiche, ruiniere Gesundheit und Sittlichkeit weiter Volksteile. Das „Hauptübel“ sei die „ökonomische Unsicherheit des Arbeiters“; deshalb müssten Arbeiter selber zu Kapital kommen können, indem zum Beispiel ein Teil ihres Lohnes einbehalten und später ausgezahlt werde. Es war der chancenlose Vorschlag eines Parlamentsneulings. Aber es war der Tag, an dem die Idee des Investivlohns nach Deutschland kam.

Und dort ist diese Idee immer wieder aufgegriffen worden. Der Agrar- und Sozialreformer Johann Heinrich von Thünen legte ab 1848 einen Teil seiner Überschüsse in einer Alterskasse an; Ernst Abbe, der Direktor der Jenaer Zeiss-Werke, beteiligte ab 1898 die Arbeiter am Unternehmensgewinn. Das heute gängige Modell des Investivlohns entstammt den 50er Jahren; seit 1961 können Arbeitnehmer steuerbegünstigt Aktien ihres Unternehmens kaufen. Und jetzt plant die Große Koalition, die Beteiligung der Arbeitnehmer an Überschüssen und Kapital ihres Arbeitgebers zu fördern – sei es mit einem „Deutschlandfonds“, wie ihn SPD-Chef Kurt Beck vorschlägt, oder mit einem Modell, das bei den Unternehmen ansetzt, wie es die Union favorisiert.

Der Investivlohn lebt also in Deutschland seit 170 Jahren, aber es war bislang kein großartiges Leben. Nur eine Minderheit der Unternehmen praktiziert ein Investivlohnmodell. Zu ihnen gehören große Firmen wie BMW, die ihren Mitarbeitern vergünstigt Aktien verkaufen, und Mittelständler, die sich von ihren Angestellten Investitionskapital besorgen oder Geld, um die drohende Pleite abzuwenden. Der Investivlohn kann also funktionieren, aber es gibt viele Argumente gegen ihn: Warum sollen Arbeitnehmer das Risiko tragen, bei einer Insolvenz Arbeitsplatz und Einlage zu verlieren? Warum sollen sie Anteile eines einzigen Unternehmens kaufen statt ihr Anlagerisiko zu streuen?

Der Investivlohn lebt aber auch gar nicht aus praktischen Gründen. Er schöpft seine Kraft aus einer Vision, und diese Vision steht für das deutsche Sozialstaatsmodell. Er transportiert den Traum, dass sich die Gegensätze von Kapital und Arbeit verringern, gar in Harmonie aufheben lassen, in einer Art von Dialektik, die Karl Marx Schauer über den Rücken gejagt hätte. Es ist kein Zufall, dass die Theoretiker und Befürworter der Beteiligungsmodelle häufig von

der katholischen Soziallehre geprägt waren (und sind), die davon ausgeht, dass ein menschengerechtes Wirtschaftssystem auf der gegenseitigen Sozial- und Gemeinschaftsverpflichtung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beruht. Es ist auch kein Zufall, dass die Gewerkschaften traditionell dem Investivlohn skeptisch gegenüberstehen: Sie betonen den Gegensatz von Kapital und Arbeit. Der Investivlohn steht schließlich für das bundesrepublikanische Wirtschafts- und Sozialmodell, das auf Ausgleich setzt statt auf Konflikt und das den Sozialpartnern so lange Verlässlichkeit und Sicherheit geboten hat. Der Satz von Hessens CDU-Ministerpräsident Roland Koch, es fehle an Kapital, „das loyal zu unserem Land steht“, passt da ins Bild.

Deshalb könnte auch die Förderung der Arbeitnehmerbeteiligung an Unternehmen zum letzten erfolgreichen Projekt der Großen Koalition werden, bevor der Wahlkampf die fremden Partner dauerhaft entzweit. Es steht für die Grundhaltung, aus der heraus die Wähler 2005 SPD und CDU zum Bündnis zwangen: Rot-Grün hatte in ihren Augen abgewirtschaftet, aber die wirtschaftsliberale CDU des Leipziger Parteitags wollten sie auch nicht. Es steht für zwei Parteien, die zurzeit in der Wirtschaftspolitik Versöhnungs- statt Konfliktmodelle favorisieren, weil sie nicht als sozialkalt dastehen wollen – der Investivlohn, ein Nebenkriegsschauplatz der großen Verteilungskämpfe, eignet sich hervorragend dazu.

Außerdem können dort Sozial- und Christdemokraten das Gleiche sagen und Verschiedenes meinen, was sie auch schon tun: Das Beckische Fondsmodell ist eine staatlich unterstützte und geschützte Altersvorsorge; es geht davon aus, dass der Staat gemeinsam mit den Arbeitgebern dem Bürger den Weg zur sozialen Sicherheit weist. Die CDU möchte dagegen bei den Betrieben ansetzen und so den Arbeitnehmern unternehmerisches Denken nahebringen: Ein Anteilseigner wird nicht durch überzogene Lohnforderungen eine Firma in Gefahr bringen. Der Streit, wie viel Sicherheit und wie viel Unternehmertum die Koalition dem Land bringen will, ist eine schöne Möglichkeit, Profil zu zeigen.

Das alles spricht dafür, dass der Investivlohn tatsächlich kommen wird – wenn sich SPD und CDU nicht vorher schon hoffnungslos verkrachen. Und wenn er dann tatsächlich da ist, nach so vielen Jahrzehnten im Wartestand, als bescheidenes, mal mehr und mal weniger genutztes Instrument der Vermögensbildung, dann sollten die Abgeordneten in Freiburg das Grab des Franz Joseph Buß besuchen, der vor 170 Jahren eine unerhörte Rede hielt.